

Geyer spricht für die Einigkeit bei den Verhandlungen. Er schlägt vor, das Bureau in paritätischer Weise zu besetzen, und zwar seie ein Drittel Mehrheitssozialisten, ein Drittel Linksbündige, ein Drittel Soldatenvertreter. Er schlägt Seeger-Leipzig zum dritten Vorsitzenden vor.

Es werden darauf Leinert, Seeger und Kowalla zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten gewählt. Leinert übernimmt den Vorsitz und bittet um Unterstützung bei einer ordnungsmäßigen Geschäftsführung. Zur Tagesordnung schlägt Lüdemann-Berlin vor, die Wahl des Vorsitzes von der letzten Stelle der Tagesordnung hinter den Punkt 2: "Nationalversammlung oder Räteverfassung" zu stellen.

Geier spricht dagegen.

Schädel-Hamburg beantragt, neben dem Räte-Kongress eine Soldatenrätekongress mit Regierungsvertretern zur Besprechung der Soldatenangelegenheiten zu veranstalten.

Der Antrag wird angenommen.

Ein Antrag der Unabhängigkeiten, auf die Tagesordnung "Gegenrevolution, Auswärtiges Amt und Rat der Volksbeauftragten" wird abgelehnt. Ein Antrag, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg als Gäste mit beratender Stimme zu laden, wird abgelehnt.

Leinert teilt unter lebhaftem Beifall das Anhänger-Wahlvergleich mit.

Die Mandatprüfungskommission wird aus je drei Vertretern beider sozialistischer Parteien und der Soldatendelegierten zusammengesetzt.

Zum Antrag Schädel führt Ebert aus, daß es der Reichsleitung unmöglich sein würde, auch noch einer Delegerentagung der Soldatenräte beizuhören. Sie müßten ihre Regierungsschäfte während des Kongresses schon während der Nachzeit erledigen.

Der Antrag wird zurückgezogen.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Bericht des Vorsitzes.

Richard Müller: Dem Vorsitzrat wird nachgeagt, er wolle die Diktatur über ganz Deutschland erlangen. Als diese und andere Dinge nicht mehr verfügen, griff man zu Verleumdungen, die von den drei Positionen Blatt, den hohen Geistern, Verantwortlichen usw. stammten. Mancher von Ihnen wird dadurch vorgenommen sein. Was mich anbelangt, so gehe ich darüber hinweg. Ich verzichte auf die Mitgliedschaft im Vorsitzrat. Die Vorberatungen zur Revolution sind schon im Juni 1916 getroffen worden, wenn auch noch nicht so zielklar wie später. Diejenigen, die hervorragenden Anteil an den Vorberatungen genommen hatten, wurden Mitglieder des Vorsitzrates und natürlich wurden sie von dem Bürgeramt und seinen Organen bestimmt. Außerdem war der Vorsitzrat zuvor aus dem einzigen greifbaren Ergebnis der Revolution, der Ausdruck der neuen Staatsmacht der Arbeiter- und Soldatenräte. Heute noch führt die gefaßte bürgerliche Presse den scharfen Kampf gegen den Vorsitzrat, der zur niederrädrigsten Stufe gesunken ist. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind die einzige Errungenschaft der Revolution. Gehen sie, so bleibt nichts mehr übrig. Keine unserer Revolutionsmächte erklären wir uns als oberste Kontrollinstanz. Am 17. November gaben wir unser Revolutionsprogramm bekannt, in dem wir mit aller Schärfe forderten, daß wir die Errungenschaften der Revolution verteidigen und sichern wollten, daß wir die politische Macht den Rot- und Sandarbeitern zugeschenken wollten. Wie gestehen jedem, daß Recht der Räte zu überzeugen ist, eine sozialdemokratische Räte in der Weise ausüben, daß durch eine volkstümliche Befreiung der Proletarientypus herbeigebracht wird. Bei dem notwendig eintretenden Krieger und Bürger waren wie bestellt, die Lieder aufrechtzuhalten und vertreten werden am 10. November eine Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte nach dem Ruf des Rats. Zwischenzeitlich hatte sich eine Regierung des Rates der Volksbeauftragten aus Sozialdemokraten und Unabhängigen gebildet und wurde von der Sitzung verhandelt. Zuerst wurde auch der Vorsitzrat gewählt. Aber es ist eine andere sozialdemokratische Räte, die jetzt in die Räte eintraten, wenn auch die andere sozialdemokratische Räte in der Weise eintraten, daß ich habe mich gewünscht und es nur unter dem Druck der Sozialräte getan. Aber es bereut, daß ich nach dieser Diktatur der Soldaten gefügt habe. Überall waren die Arbeiter- und Soldatenräte die Träger der Revolution, und wir hielten es für notwendig, einen Soldatenrat der deutschen Revolution zu schaffen. Das konnte nur der Berliner Vorsitzrat sein, wobei uns aber jeder Gedanke an Diktatur ferngelegen hat. Daß wir doch nach Diktatur freuten, ist von bürgerlichen Blättern leicht behauptet worden. Leider haben auch rechtssozialistische Blätter diese Behauptungen aufgenommen.

Vorsitzender Leinert unterbricht den Redner: Dauende von Arbeitern haben eine Deputation hierhergeleitet, die ihre Forderungen dem Kongress zur Kenntnis bringen wollen. Der Sprecher der Deputation verliest die Forderungen: 1. Deutsche eine einzige sozialistische Republik. 2. Die ganze Macht der Arbeiter- und Soldatenräte. 3. Der vom Zentralrat gewählte Vorsitzrat der Arbeiter- und Soldatenräte höchster Organ der Gesetzgebung unserer Regierung. 4. Bekleidung des Obersten Rates der Volksbeauftragten. Diese Forderung wird mit besonderem Unwillen von der Versammlung aufgenommen.) 5. Sofortige energische Durchführung aller zum Schutze der Revolution erforderlichen Maßnahmen durch den Zentralrat, vor allem Entwaffnung der Gegenrevolutionären, Bewaffnung des Proletariats, Bildung der Roten Garde. (Widerspruch, besonders bei den Soldatenräten.) 6. Sofortiger Aufbau des Zentralrats an die Proletarier aller Länder zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten zwecks Durchführung der Aufgaben der sozialistischen Weltrevolution. (Es entsteht große Unruhe im Saal.)

Leinert: Ich bitte, den draußen versammelten Arbeitern zu erklären, daß der Kongress die Forderungen zur Kenntnis genommen hat und in seinen Verhandlungen darüber entscheiden wird, wie es sich zu Ihnen stellt.

Richard Müller in seiner Rede fortlaufend: Bereits am 25. November haben wir erklärt, daß uns jeder Gedanke einer Diktatur fern liegt, und daß der Vorsitzrat so schnell wie möglich auf eine breite Grundlage gestellt werden soll. Wir haben im Reich unsere Vertreter aus sämtlichen Gruppierungen ernannt, ja doch es heute nicht aus 25, sondern aus 55 Mitgliedern besteht. Niemand kann uns den Ruf verneinen, daß wir nicht alles verloren haben, der Schwierigkeiten Herr zu werden. Wir haben die Macht ohne jeden Apparat übernommen, ohne geistige eingearbeitete Beamte, und natürlich mußten bei den ungeahnten Schwierigkeiten Fehler eintreten. Einige Mitglieder des Vorsitzrates haben anfangs militärisch ganz unverantwortlich gehandelt. Diese Mitglieder sind aber beseitigt worden. Die bürgerliche Presse macht den 800-Millionen-Schwindel gegen uns verantwortlich. Jetzt sollen es sogar 1500 Millionen sein. Man hört nur bei diesen Schätzchen auf den Staatssekretär Schäfer. Er hat sich vorzüglich ausgedacht und will beweisen, daß das Reichsamt seine Vermögenswerte in als das alle. Aber in so verantwortlicher Stellung kann nichts liegen, was man nicht beweisen kann, und so ist es auch. Müller legt bald sein Material vorliegen.

Ein anderer sozialistischer Redner: Es ist sehr schwer, die dieser Verteilung zu glauben. Gleichwohl muß ich sagen, daß ich hier keinen Zweifel habe, daß der Vorsitzrat der Volksbeauftragten die einzige bürgerliche Presse ist. Daß er nicht andere bürgerliche Blätter als Sozialdemokratie als solche. Der Sprecher Lorey ist nicht vorsichtig auf das Verhältnis des Vorsitzes zu dem Reichstag einer sozialistischen Regierung, einer sozialistischen Regierung und dem Reichstag. Diese Verteilung ist zunächst dem Senat von Kautsky übertragen worden, und dann und zwar nach Worte des Dr. Müller hinweggesogen werden. Die Bekämpfung, daß die Räte verhindern, um und um zu ihrem gewohnten Rang zu rücken, ist aber erlaubt, er habe vielleicht recht dazu gefunden, als er erklärt habe. Müller meint, daß diese Räte nicht gerade bürgerliche Presse. Da darf er nicht andere bürgerliche Blätter als Sozialdemokratie als solche. Der Sprecher Lorey ist nicht vorsichtig auf das Verhältnis des Vorsitzes zu dem Reichstag einer sozialistischen Regierung, einer sozialistischen Regierung und dem Reichstag. Diese Verteilung ist zunächst dem Senat von Kautsky übertragen worden, und dann und zwar nach Worte des Dr. Müller hinweggesogen werden.

wirtschaftlich haben. Ganz besonders steht die bürgerliche Presse gegen meine Person. Ich soll ja sogar an dem Blutvergießen beteiligt sein. Auch soll ich die Haftung von Stimmen und Thesen verantworten haben. Alle diese Dinge lasse ich auf mich herab. Wenn aber bürgerliche Blätter behaupten, daß ich 80 000 M. Vorschuss genommen habe, so muß ich doch sagen, daß es unter den bürgerlichen Justizien viele Halunken gibt, die die Männer der Revolution verleumden und herunterziehen. Keinen Zweifel habe ich an Aufwandsentschädigungen und Spesen, bisher erhalten, aber Herr Collini-Röß, der als Konterrevolutionär enttarnt ist, der Geld erhalten hat, um die Soldaten anzuputzen, damit sie den Vorsitzrat aufheben, steht hinter diesen 800- oder 1500-Millionen-Schwindel. Der Artikel gegen mich und den Vorsitzrat stammt aus der Korrespondenz Hofrichter, die einige Beziehungen zum Rat der Volksbeauftragten hat. Herr Hofrichter hat auch den Schwindel im "Vorwärts" noch einmal aufgewärmt. Aus jener Quelle stammt auch die Verleumdung, die den Vorsitzrat mit der Zentral-Funkleistung in Verbindung bringt, woran auch kein wahres Wort ist.

Der Redner bricht ab und wird sein Referat in der Nachmittagsession fortführen.

Der Vorsitzende Leinert teilt das Wahlergebnis von Mecklenburg-Strelitz mit. Begrüßungstelegramme für den Kongress sind von den Ministern Hirsh und Ernst aus Posen eingegangen.

Schluß der Vormittagssitzung 12.00 Uhr.

Mach mit für die Befreiung.

Den Vorsitz führt Leinert. Es liegt ein Begrüßungstelegramm vom "Avanti", Rom, vor.

Richard Müller (fortlaufend): Um Mißverständnissen vorzubeugen bemerkte ich, daß sich meine Ausführungen von heute morgen, die ich gegen Mitglieder des Vorsitzrates richtete, auf ausgeschiedene Personen bezogen. Das Verhältnis zwischen Vorsitzrat und Rat der Volksbeauftragten, wie es sich jetzt gestaltet hat, ist unerträglich. Es hat der Anschein, als wolle sich der Rat der Volksbeauftragten nicht mehr unter die Kontrolle des Vorsitzrates stellen. Es hat mich gewundert, daß die Truppen nur auf den Rat der Volksbeauftragten verordnet worden sind. Die verleugnete Eidessformel ruft Widerstreit her vor. Die Truppen sind nicht auf die sozialistische, sondern auf die deutsche Republik verordnet worden. Gesteh da nicht ein Unterschied? Die Stellung der Räte der Volksbeauftragten zum Vorsitzrat tritt klar zutage. Der Vorsitzrat hat nach den Erklärungen vom 11. Dezember und 15. November das Recht der Kontrolle und der Entscheidung der Minister und Volksbeauftragten. Damals hat niemand widersprochen. Die militärischen Instanzen haben aber, genau wie vor der Revolution es verstanden, ihren Willen durchzusetzen, nicht nur gegen den Vorsitzrat, sondern auch gegenüber dem Rat der Volksbeauftragten. Wir halten eine durchgreifende Reform des Regierungapparates durch die A- und S-Räte für notwendig, finden aber beim Rat der Volksbeauftragten kein Entgegenkommen. Müller verliest das Resultat der Beratungen mit den Volksbeauftragten. Nach diesen Abmachungen hatten die A- und S-Räte das Recht der Entscheidung im Falle der Gefahr. Unter Einfluß auf die Regierung ist geschwunden. Die Beziehungen, die wir ihr gegenüber haben, hat sie einfach nicht durchgeführt. Als Beispiel führt er die Affäre des Staatssekretärs Solf an. Das selbe gilt von der Forderung: Erzberger dulde nicht, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. Die Akten des Auswärtigen Amtes sollten beschlagahmt werden, damit die Räte nicht mit ihnen gehaftet würden. Feststeht, daß ein großer Teil dieser Akten verbrannt worden sei. (Hört, hört! Erziger Zwischenruf Eberts: Das ist nicht wahr!) Dem Verlangen, die Rangabzeichen der Offiziere abzuschaffen, ist nicht entsprochen worden. Man hat verlangt, daß die Waffen der heimkehrenden Truppen abgelöst werden, damit die politisch Unausgelaufenen... (Oho! Stürmische Unruhe.) Ich habe nicht gesagt, daß sie alle unaußgelaufen sind, aber sicher haben Sie nicht den Eindruck wie wir. Die folgenden Ausführungen gehen in der allgemeinen Unruhe verloren. Wir und auf den Widerstand der Volksbeauftragten gestoßen, und wenn Sie die Reden von Ebert und Scheidemann vom gestrigen Tage gehört haben, so sehen Sie genau, daß sie sich unter unserer Kontrolle nicht wohl fühlen. Hinter den Volksbeauftragten steht die ganze bürgerliche Presse. Fortwährend hat man gegen uns gekämpft, bis eines Tages der Putz da war. Mich hat das Verhalten der Volksbeauftragten bei dem Putz bestimmt. Der Putz kam von rechts. Die Leute wurden von uns festgesetzt, und aber heute wieder frei. Der Hauptmann Lorenz wurde auf Verlangen des Kriegsministers freigelassen. (Zwischenrufe aller Volksbeauftragten: Das ist nicht wahr!) Der Vorsitzrat, die Arbeiter- und Soldatenräte, der Rat der Volksbeauftragten sind Kinder der Revolution. Alle Kinder müssen Kindertheit durchmachen. Die waren wirklich habe, wiegen los, las leicht gezen die Verbrechen der alten Machthaber. Es hat sich gezeigt, daß die Verleumdungen der Arbeiter- und Soldatenräte, hallos sind, fallen die Räte, dann sind die Errungenschaften der Revolution vernichtet. Bliden Sie nicht zurück, blühen Sie in die Zukunft. Wir haben jedoch Erfahrungssache. Wollen hinter uns jetzt geben wir Ihnen das Schicksal der Revolution in die Hände.

Platz vom Vorsitzrat erstattet den Rätebericht. Er teilt mit, daß die Gesamteinnahme etwas über 650 000 M. beträgt, die nicht aus dem Staatsstadel kommt. Die Gesamtausgabe beträgt etwas über 400 000 M.

Volksbeauftragter Dittmar: Die Revolution ist das Werk von Soldaten und ihr ruhiger Verlauf ist ein Erfolg der Schulung der Massen durch die Sozialdemokratie. Die Regierung wird getragen von dem Vertrauen, daß die beiden sozialdemokratischen Parteien in den A- und S-Räten und in den Volksräumen gewesen. Auf diesem Vertrauen beruht auch die Macht der A- und S-Räte selbst. Sogar die Bürgertumsernennung an, daß außer der Sozialdemokratie keine Partei vorhanden ist, die die Reichsregierung übernehmen kann. Deshalb darf die Reichsregierung mit vollem Recht zum In- und Ausland erklären, die Beauftragten des Volkes zu sein. Seitdem hat es noch nie eine Regierung gehabt, die so seit dem 16. Februar regiert, der aber ihrerseits die Befreiung mit Rückblick auf die internationale Lage, auf den Kredit des Reiches, ferner gegen die imperialistischen Tendenzen und um die Diktatur durch gesetzliche Zustände abzuholen. Gegen ihr frühe Einbeziehung wendet man die Unmöglichkeit ein, die Kriegsgefangenen und die noch nicht zurückgetriebenen Truppen von der Wahl auszuschließen, ferner die Unmöglichkeit, ob im Eßzettel und im besiegten rheinischen und polnischen Gebiet unbedingt gewählt werden kann, weiter die technische Unmöglichkeit, zuverlässige Wählerlisten herzustellen und die Notwendigkeit, die aus demfelde zurückkehrenden über die Börgegen aus der Heimat aufzulösen. Man hat sich schließlich auf den propulsiven Termijn des 16. Februar geeinigt, der aber ihrerseits die Befreiung mit Rückblick auf die Befreiung der Volkswahl bestimmt. Die Regierung will alle Garantien für eine vollkommene freie Wahl schaffen. Das hält sie für das beste Mittel, um eine sozialistische Mehrheit zu erreichen. So ist dies Ziel erreichbar, ist jetzt der Ausschluß der Wahl in Mecklenburg und in Inhalt. Deshalb hat Vertrauen zum Volk! Die Kapitalismus wird die Lösung im Wahlkampf bieten. Deshalb gilt es für das Proletariat, in gemeinsamer Kampffront dem Gegner gegenüberzutreten. Kein Atom von Kraft soll verteidigt werden im Bruderkampf. Die Nationalversammlung soll das grundlegende Gesetz, die künftige Reichsverfassung festlegen, in ihr die Errungenschaften der gemeinsam geführten Revolution fest verankern, sie muß die Konsequenz unserer gemeinsamen Arbeit bleiben.

Es wird in die Belehrung eingetreten.

Klaus-Dörrbach: Unsere Revolution ist eine sozialistische, aber militärische. Wir werden die Kapitalistierung in Sachen und Logen durchführen, so wie das monarchisch-konservative sehr leicht sein wird, wie darüber uns selbst schreibt. Für uns wird es nur eine Bergarbeit geben zu einem wahren Sozialismus, und wir müssen mitarbeiten, damit er unseren Kämpfern bestanden.

Gerke: Vertreter des Groß-Berliner Soldatenrates, geht auf die Verteilung der Einigung des Vorsitzes ein.

Es ist ein Antrag ein der die Wahlen der Delegierten durch den Rat der Volksbeauftragten bestimmt sind.

Bekanntmachung betreffend Fleischverkauf.

In der Woche vom 16. Dezember bis 22. Dezember 1918 wird Fleisch- und Frischwurst ausgegeben, und zwar muß auf jede Fleischkarte Fleisch und Frischwurst entnommen werden, falls nicht nur Wurst gewünscht wird. Entsprechend dieser Verteilung ist jede Fleischmarke, die den Ausdruck "100 Anteil" trägt, mit 20 Gramm für Fleisch oder 40 Gramm für Frischwurst zu bewerten.

Lübeck, den 16. Dezember 1918.

(6988)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Am der Zeit vom 18. bis 24. Dezember 1918 kann auf den Abschnitt 107 der Warenkarte des Lebensmittelkartenheftes und der Lebensmittelkarte sowie auf den Abschnitt 104 der Bezugskarte ausweise für Militärurlauber (für die Woche vom 16. bis 22. Dezember).

ein Ei (Kühlhauseier)

zum Preise von 88. Pf. für das Stück verabfolgt und entnommen werden.

Die Kühlhauseier sind zu weiterer Lagerung nicht geeignet, sondern müssen unverzüglich zur Verarbeitung von Speisen usw. Verwendung finden.

Die Abgabe der Eier erfolgt in den durch gelbes Aushänger schild "Verkauf von Eiern" kenntlich gemachten Verkaufsstellen.

Lübeck, den 17. Dezember 1918.

(6988)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

betreffend den Verkauf von Petroleum.

Vom Dienstag, dem 17. Dezember 1918 ab kann Petroleum abgegeben und entnommen werden und zwar auf Abschnitt 10 der roten Karte 1/2 Liter

10 blauen 1/2

10 braunen 1/2

Infolge Transport-Schwierigkeiten ist ein Teil des Lübeck für Dezember zugewiesenen Petroleums noch nicht eingetroffen. Es wird aber täglich erwartet und nach seinem Eintreffen erfolgt sofort eine weitere Ausgabe.

Lübeck, den 16. Dezember 1918.

(6987)

Das Polizeiamt.

Wir machen darauf aufmerksam, daß nach der Verordnung vom 15. November 1918 - Reichsgesetzblatt Seite 1887 - die Vorrichtungen des Gesetzes über Sicherung der Kriegsteuer vom 9. April 1917 auf das fünfte Kriegsgeschäftsjahr mit der Maßgabe ausgedehnt worden sind, daß die Gesellschaften in die Kriegsteuerumlage achtzig vom Hundert des im fünften Kriegsgeschäftsjahr erzielten Mehrgewinns einzustellen haben.

Lübeck, den 16. Dezember 1918.

(6992)

Das Besitzsteueramt.

Nach einem Fonds können Darlehen an Gewerbetreibende aller Art sowie an Angehörige des Arbeitersstandes, welche durch den Krieg schwer gesunken haben, vergeben werden.

6978 Der Stadtmagistrat Bad Schwartau.

Landesvorstand.

Gutten, den 18. Dezember 1918.

Die Kaufleute werden darauf hingewiesen, daß die Zuckertonnen derjenigen Verbraucher, die ihrer Eier-Ablieferungspflicht nicht genügt haben, gekürzt sind.

Die roten Sperrvermerke in den Zuckerbüchern sind zu beachten.

6994

Mahlstedt.

HOLSTENHAUS

G. m. b. H.

Holstenstraße

Lübeck

Für den Weihnachtstisch

Fertige Handarbeiten

sehr preiswert zum Verkauf gestellt

Tischdecken Handarbeit, verschiedene Ausführung.	750	650	575
Tischläufer aus w. u. farb. Stoff, m. t. Hohls. od. Spitze	775	675	495
Kissenplatten fertig gestickt, in reicher Auswahl.	950	725	695
Fertige Kissen mit Füllung.	580	350	2850
Bettwandschoner fertig gestickt.	1675	1425	1175
Parade-Handtücher grau und weiß.	125	950	550
Herd-Wandschoner grau und weiß.	75	675	550
Küchen-Tischdecken grau und weiß.	850	650	495
Topflappen gehäkelt.	145	Tablettdecken	25
Topflappentaschen.	145	Nachthemd-Garnitur	200
Lampenputztaschen.	225	Taghemd-Garnitur	25

Ausstellung

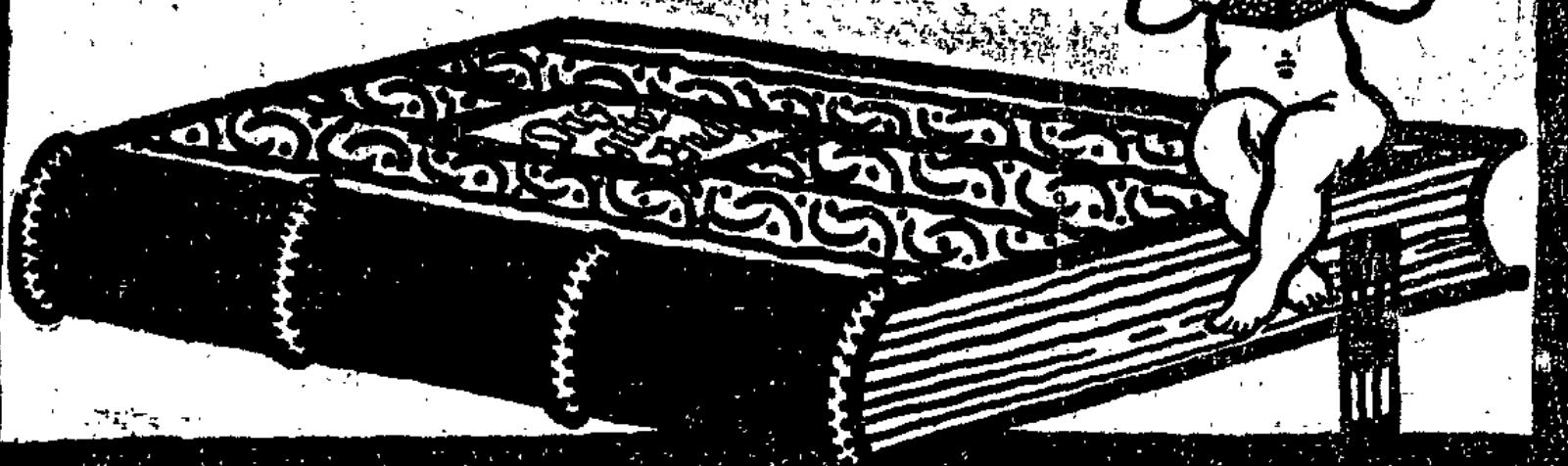
künstlerischer Handarbeiten

Elegante Samt- und Seidenkissen, Tischdecken, Läufer, Nähtischdecken, Kaffee- u. Teewärmer, garnierte Nähkörbe, Krawatten-, Taschentuch- und Handschuhkästen, bestickte und gerahmte Bilder.

Doppelte Rabatt-Marken

für den Weihnachtstisch
auf sämtliche Waren, mit Ausnahme der Reichsware u. einiger Markenartikel.

Das gute Buch



Steht als Festgeschenk an allererster Stelle!

Unsere Bücher-Abteilung mit der Sonder-Auslage für gute Jugendschriften bietet infolge der großen und vielseitigen Auswahl für jeden das Passende.



Ausführliches Bücher-Verzeichnis kostenlos in unserer Bücher-Abteilung erhältlich.

Rudolph Seefstadt

Kommmandit-Gesellschaft

Lübeck.

Chorverein Lübeck

Versammlung

am Donnerstag, dem 19. Dezember

abends 7 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Bericht von den Jahren 1914-1918.
2. Abrechnungen.
3. Wahlen des Vorstandes, der Revisorin und des Boten.
4. Repelung der Beiträge.
5. Beiprechung über Wiederaufnahme der Gesangsstunden.
6. Innere Vereinsangelegenheiten.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend erwünscht.

Der Vorstand.

Verband der Lithographen u. Steindrucker

und verwandte Berufe. — Zahnstelle Lübeck.

Warum ist jetzt für den Liberalismus ein einheitliches Wirken natürlich u. notwendig?

öffentl. Vortrag v. Herrn Rechtsanwalt Dr. Benda, Mittwoch, den 18. Dezember, 8 Uhr, in der Loge zum Röhlhorn, St. Annenstr. 2, der Verein f. Frauenstimrecht.

Hansa-Theater.

Dienstag abend 7 Uhr
Sah ein Knab' ein
Röslein stehn.

Mittw. Gastspiel Carl Tralow

Polenblut.

Donnerstag:
Wenn im Frühling
der Holunder . . . !

Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19.

Dienstag, den 17. Dezember:
12. Vorstellung, im Dienstagabonnement.

Abends 7 Uhr

Margarethe.

Mittwoch, den 18. Dezember:
Nachmittags 3 Uhr

Ein deutsches Weihnachtsspiel.

Kleine Preise.

Abends 7 Uhr:

Fannys erstes Stück.

Donnerstag, den 19. Dezember

Frühlings Erwachen

Freitag, den 20. Dezember:

Das Höllisch Gold.

Der Ring des Polykrates.

Die Einberaferin.

Oeffentliche Dienstmädchen-Versammlung

am Donnerstag, 19. Dezember, abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. (kleiner Saal).

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Neuwahlen.
3. Verschiedenes.

Alle Kolleginnen, auch die vom Militär entlassen, haben rechts zu erscheinen.

Der Vorstand.

Referent: Bürgerliche Dienstmädchen-Johs. Stelling.

Dienstmädchen Kolleginnen! Zum ersten Male sollt Ihr in allernächster Zeit wählen. Nun handelt es sich darum, zu entscheiden, wen Ihr in Eurem eigenen Interesse Eure Stimme geben möchtet. Hierüber sowie über die Durchführung der achttägigen Arbeitszeit im Haushalt sollt Ihr in dieser Versammlung höhere Aufklärung erhalten. Deshalb kommt allein

Sozialdemokratische Wahlfrage.

In Anhalt wurden für die Wahlen zur Landesversammlung Stimmen abgegeben: für die Sozialdemokratie 92 229, Bürgerliche Demokratie 54 447, Volkspartei (Kons.) 9 255, Mittelstand 3 259. Gewählt sind: 22 Mehrheitssozialisten, 12 Bürgerliche Demokraten, 2 Volkspartei (Konservative). Die Unabhängigen konnten eine eigene Liste nicht aufstellen, da sie die erforderliche Zahl von Unterschriften nicht zu stande brachten.

In Braunschweig erhielten Stimmen: Unabhängige 23 600, Sozialdemokraten 17 000, Demokraten 18 000, Landeswahlverband 14 500.

Die ersten Würfel sind gefallen, und, wie die Resultate beweisen, zugunsten des Sozialismus. Ein gutes Vorzeichen für die Wahlen zur Nationalversammlung. Wenn Einigkeit und Geschlossenheit die Arbeiterschaft holt, wird sie einen Sieg davontragen, daß den Reaktionären Hören und Sehen vergeht. Recht und Gerechtigkeit werden ihre endliche Auferstehung feiern und keine hohen Worte mehr sein. Auf zum Kampf, auf zum Sieg.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Demonstrationsstreik der Spartakusleute.

Am Montag demonstrierten in Berlin mehrere tausend Arbeiter verschiedener großer Fabriken gegen die Absehung der A.- und S.-Räte und für Liebknecht. In Neukölln wurde nämlich der S.-Rat durch einen Handstreich von Frontsoldaten und Regierungssoldaten mehr aufgehoben. Wie der "Vorwärts" berichtet ist keine Berliner Arbeiterorganisation, weder die Mehrheitspartei, Minderheitspartei und Gewerkschaften mit dem Streik einverstanden. Der größte Teil der Arbeiter in großen Betrieben sah die Schädlichkeit der Arbeitsniederlegungen zugunsten wertloser, unsinniger Demonstrationen ein. Von 20000 Arbeitern der Schwarzpfeil-Betriebe folgten nur etwa 600 zögernd und unwillig der Parole. In den Deutschen Waffen- und Munitionsbetrieben folgten von 5000 Arbeitern 150 der Parole. Die Spartacusagenten schlugen hier einen Parteidrogenossen, der auf den Unsan der fortwährenden Arbeitsniederlegungen hinwies, ins Gesicht.

Die Berliner Unabhängigen gegen Rosa Luxemburg.

Die Generalversammlung der Unabhängigen Groß-Berlin lehnte eine Resolution Luxemburg ab, die sich gegen die Nationalversammlung, für die Räte-Verfassung und für das Ausscheiden der Unabhängigen aus der Regierung aussprach. Angenommen wurde nur das Verlangen nach Einberufung eines Parteitages der Unabhängigen. Mit Vierfünftel-Mehrheit wurde einer Revolution Hilfering zugestimmt, die es als sozialistische Pflicht erklärte, sich mit aller Kraft an den Wahlen zur Nationalversammlung zu beteiligen, die Taktik der Unabhängigen billigt und die Teilnahme an der Regierung zur Sicherung der Errungenheiten der Revolution für notwendig erklärt.

Ebert gegen die Anarchie.

Der vergangene Sonntag hat wieder eine Hochstut von Versammlungen gebracht. In einer Massenversammlung im Zirkus Busch wandte sich Ebert mit Wucht gegen anarchistische Bestrebungen. Die Volkswohr sei berufen, diese niederzuhalten und das ungestörte Arbeiten der Nationalversammlung zu sichern. Die Wahlen könnten unbedenklich schon vier Wochen früher stattfinden.

Mutterfreuden.

Roman von H. Salomon.

10. Fortsetzung.

Das Zimmer, in welchem die Beratungen stattfanden, war gerade nicht übermäßig groß zu nennen und eigentlich die Wohnung des Apfelwirtes. Die meisten Wirtschaftsräume wurden einfach ausgeräumt, dann einige Tische und Stühle hergerichtet und das Sitzungszimmer war fertig.

Die Unterhaltung war schon im besten Gange, als der Bauer ins Zimmer trat. Dam Btere wurde bereits tüchtig zugespochen und mächtige Raugwölken erfüllten das niedrige Zimmer. In dieser fast erstickenden Luft fühlten sich die Bauern am behaglichsten.

Die „Diskussion“, wie die Bauern es nannten, kam dann am besten in Fluss, wenn alle so recht durchwärmt waren. Der kleine Ofen war zum Überfluss auch noch tüchtig eingeschaltet und so sogenannten denn im wahrsten Sinne des Wortes hier die Gemeindetreter, um über das Wohl und Wehe ihres Dorfes zu beraten.

Der Ortschulze, ein schon bejahrter, aber noch rüstiger Mann, verließ diesen Polten schon über zwanzig Jahre zur vollen Zufriedenheit seiner Mitbürger. Kamen irgend mal welche Streitigkeiten innerhalb der Gemeinde vor, so verstand er es vortrefflich, dieselben möglichst nach jeder Richtung hin befriedigend zu schlichten. Nur in dieser schwierigen Sache, betrifft des Bahnhofes, der ständigen Gesprächsstoff der Dorfbewohner bildete, war es auch dem Schulzen bisher nicht gelungen, eine Einigung zwischen den streitenden Parteien zu erzielen.

Als der Schulze sah, daß alle Mitglieder vollzählig vertreten waren, nahm er eine alte Kuhglocke zur Hand und gab damit wiederholt das Zeichen, daß die Sitzung jetzt ihren Anfang nehme.

Das war aber nicht so leicht, denn die beiden Parteien, die „Alten“ und die „Neuen“, lagen sich schon tüchtig in den Haaren, keiner wollte nachgeben.

Jetzt stand der Schulze auf und schrie mit gröhrender Stimme: „Wollt Ihr endlich mal Ruhe haben! Ich habe Euch eine wichtige Mitteilung zu machen!“

Das half. Bald legte sich das Stimmenzweir und eine schwile Ruhe herrschte im Zimmer.

„Ich will Euch nur sagen,“ begann mit ruhiger Stimme der Schulze, „dass wir heute einen hohen Besuch zu erwarten haben. Unser Landrat, der Graf Preßler, hat sich ebenfalls für die zu erbaulende Bahn interessiert, und so hat er zu der heutigen Sitzung kein persönliches Erscheinen angezeigt. In einer halben Stunde

Die „Junge Garde“ Berlin.
sozialistischen Färbung, hatte sich am Sonntagnachmittag auf dem Tempelhofer Feld versammelt, um ihre rechtlichen und wirtschaftlichen Forderungen zu verlunden. Aus der langen Liste seien nur angeführt: Sechsstundentag für Jugendliche unter 18 Jahren; Verkürzung der Lehrzeit; Entlohnung pro Woche mit 30 Mk. im ersten, mit 45 Mk. im zweiten und mit 60 Mk. im dritten Lehrjahr; Beseitigung des Rückzugungsrechts; Einrichtung staatlicher Lehrwerkstätten usw. Die Jugendlichen, etwa 1500 in Zahl, setzten sich dann zu einem Demonstrationszug nach der Stadt in Bewegung.

Die preußische Regierung für Demokratie.

Umlich wird berichtet: Zeitungsnachrichten al. olige soll das Mitglied des Kabinetts, Herr Adolf Hoffmann, in einer öffentlichen Versammlung am Sonntag, 8. Dezember, gekürzt haben: „Wenn die Wahlen zur Nationalversammlung nicht eine sozialistische Mehrheit ergeben, würde die konstituierende Nationalversammlung, ebenso wie in Russland, mit Waffengewalt auseinandergetrieben werden.“ — Die preußische Regierung ist infolge der Erkrankung des Herrn Hoffmann nicht in der Lage, festzustellen, ob diese Ankündigung gefallen ist. Sollte sich Herr Hoffmann in diesem oder in ähnlichem Sinne gekürzt haben, so erklärt die Regierung demgegenüber, daß sie auf dem Boden der Demokratie steht und den durch das Ergebnis der Nationalversammlung zum Ausdruck gebrachten Willen des Volkes respektieren wird.

Die Spaltung der nationalliberalen Partei.

Unter Vorsitz von Staatsminister a. D. Friedberg tagte in Berlin der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei. Es wurde ein Antrag von Dr. Vogel und Gen. angenommen, der die Reichsheibenpolitik sehr weit klarlegt. Er lautet:

„Der Zentralvorstand wolle beschließen: die Organisation der nationalliberalen Partei aufrechtzuerhalten, wenn auch unter dem neuen Namen und dem Programm der Deutschen Volkspartei, wie es in dem Aufruf der drei Vorsitzenden des Zentralvorstandes vorgeschlagen worden ist.“

Richtig deutsch ausgedrückt heißt dies nichts anderes als das alte Gesicht unter neuer Maske.

Einstellung des Personenverkehrs.

Der „Vorwärts“ meldet: Infolge der drückenden Bedürfnisse des Waffenstillstandsvertrages, der eine weitgehende Ablieferung unseres vollen Materials vor sieht, macht sich eine erhebliche Einschränkung des Bahnenverkehrs, ähnlich wie zu Beginn des Krieges notwendig. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Personenverkehr überhaupt auf einige Zeit eingestellt wird.

Hinaus aus Land!

Der Rat der Volksbeauftragten erlässt einen Aufruf, in dem er zur Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens die Arbeitslosen besonders der Großstädte auffordert, ihre Arbeitskraft auf dem Lande zu verwenden: „Der Sozialismus vorauslangt Arbeit, kann nur bestehen auf Grundlage der Arbeit! Wer feiern muß, soll Unterstützung bekommen; aber wer feiert, obwohl er arbeiten könnte, macht sich und die anderen ärmer, versündigt sich an seinem Volke und dessen sozialistischer Zukunft, hilft den Zusammenbruch bereiten, der schließlich auch ihn selbst verschlingt.“

Arbeiter! Bleibt nicht in den großen Städten zusammengedrängt, wo die Industrie auch nicht genug Arbeit schaffen kann, weil es an Kohle und anderen Betriebsstoffen fehlt und wo Ihr schließlich Hunger leiden müßt, weil die Lebensmittel nicht herangebracht werden können.

Eine vorläufige Änderung des Militärstrafrechts hat die Reichsregierung beschlossen. Danach fällt die niedrige Gerichtsbarkeit, deren Ausübung ausschließlich durch Offiziere erfolgte, fort. Die Rechte der Verteidigung werden bedeutend er-

weitert. Jeder Rechtsanwalt ist künftig als Verteidiger zugelassen. Bei Untersuchungsverhandlungen muß es einem Soldatenratsmitglied auf Verlangen gestattet werden, zugegen zu sein. In den erkennenden Gerichten (Kriegs- und Oberriegsgerichte) werden die nicht juristischen Richter durch die Soldatenräte gewählt. Hierbei ist aber vorgesehen, daß je nach Belebung sich ein oder zwei Mitglieder in der entsprechenden Dienststelle befinden müssen wie der Angeklagte. Die Öffentlichkeit der Hauptverhandlung darf nur noch wegen Gefährdung der Sittlichkeit oder bei einer Verhandlung wegen Verrats militärischer Geheimnisse ausgeschlossen werden.

Ferner gibt die Regierung bekannt, daß es unzulässig ist, wenn A.- und S.-Räte Anordnungen treffen, nach denen außerhalb des geordneten Gerichtsverfahrens Personen wegen Verdachtes strafbarer Handlungen verhaftet und Strafgefangene sofort in Freiheit gesetzt werden. Unzulässig ist die Einrichtung besonderer Volksgerichte, Kriegsgerichte oder Standgerichte; die Einführung abgekürzter Gerichtsverfahren, Abschaffung des Rechtsstrafgesetzbuches und Übertragung der Strafgerichtsbarkeit auf andere Behörden. Die Reichsregierung fordert die Arbeiter- und Soldatenräte auf, sich auf die ihnen zu stehende Überwachung der Rechtspflege zu beschränken.

Lebedour zu den Wahlausichten.

In einer Berliner Versammlung erklärte Lebedour, man müsse sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß bei den bevorstehenden Wahlen aller Wahrscheinlichkeit nach die Mehrheitssozialisten den Sieg über die Unabhängigen davontragen werden. Schön der Ausbruch der Revolution habe den Unabhängigen Sozialdemokraten eine schwere Schlappe zugefügt. Noch aber dürfe man die Flinte nicht ins Korn werfen. Es sei vielmehr Aufgabe aller Unabhängigen, die Nationalversammlung so lange als möglich hinauszögern. Lebedour sprach dann über die Kämpfe zwischen Volkszugrat und Regierung. Er sagte: Wer hinter die Kulissen sieht, hat keine Ahnung, was dort vorgeht. Wir haben versucht, Ebert zu stützen, sind aber nicht durchgedrungen. Was wir von Ebert halten, der sich durch einen Haufen Soldaten, von denen jeder mit 3 Mark bezahlt war, zum Präsidenten ausruhen lassen wollte, ist Ihnen ja bekannt. Auch der Volkszugrat hat vieles auf dem Kerbholz, aber wir müssen ihn im Augenblick nehmen, wie er ist, auch wenn er unten radikalen Anschauungen nicht entspricht. Vor allem müssen wir uns davor hüten, mit den Mehrheitssozialisten zusammenzugehen, denn es wird die Zeit kommen, in der Scheidemanns System sich so gründlich diskreditiert hat, daß wir daran denken können, einen erfolgreichen Kampf gegen dieses System aufzunehmen. Nach Lebedour sprach noch eine ganze Anzahl Dissidentenredner, die samt und sondert die Einberufung der Nationalversammlung als die schlimmste Gefahr für die Revolution betrachteten.

Kleine politische Nachrichten.

Die Unabhängige sozialdemokratische Partei Stuttgart beschloß, sich an den Wahlen zur Landes- und Nationalversammlung nicht zu beteiligen.

Die Soldatenräte Berlins fordern die Belangung Fechtenshabs wegen Landesverrates.

Die Truppenanführungen der Alliierten an den Rheinübergängen dauern an. Die Besatzungsmacht in Straßburg ist auf 40 000, die in der Pfalz auf 100 000 Mann erhöht worden.

Der französischen Besatzungstruppen in der Pfalz haben alle Betriebe und Unternehmen stillgelegt und erklärt, die Arbeiterchaft möge nach Belgien und Frankreich gehen, da es dort genug Arbeit gebe.

Die deutschen Truppen haben Revier und Oesel geräumt und die Verwaltung den estnischen Zivilbehörden übergeben. Dieser Tage verläßt die deutsche Verwaltung auch Kurland und übergibt die Geschäfte der neuen lettischen Regierung.

Volen.

Abbruch der deutsch-polnischen Beziehungen. Dem Grafen Kessler wurde eine Note überreicht, in welcher unter Hinweis auf die Zustände in Oberost, wo die deutschen Behörden den polnischen Interessen zu widerlaufen Handlungen begegnen, die polnische Regierung die Ueberzeugung ausdrückt,

Die Bauern stießen sich gegenseitig heimlich an und raunten sich zu: „Ein prächtiger Kerl, was?“

Nur der Jürgens und der Rodig musterten den Grafen mit misstrauischen Blicken.

„Du, Jürgens,“ flüsterte Rodig ihm ins Ohr, „weißt schon warum der gern die Bahn will?“ Der schüttelte bloß mit dem Kopfe. „Na, das, daß das weiß,“ fuhr Rodig fort, „sein Schwiegervater ist Mitarbeiter von der Zuckerfabrik. Meine Frau hat's heute erst erfahren.“

Jetzt kam ein pfeifender Ton aus Jürgens halbgeöffnetem Mund. „Satra!“ murmelte er. „Nun geht mir ein Licht auf. Also deshalb! Pfütz!“

Der Ortschulze Steffen erhob sich nun und sagte, „Liebe Freunde! Ihr werdet die Ehre wohl begreifen, die uns heute aufzuwarten wird, indem unser verehrter Herr Landrat unsern Verhandlungen bewohnen will. Da eine rechte Einigung in der Erwerbung des Landes zum Bahnbau nicht erzielt wurde, so wollen wir hoffen, daß das dem Herrn Landrat gelingt, und mögliche deshalb hiermit denselben bitten, uns mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.“ Als sich der Schulze nach dieser wohlenspierten Rede wiedersetzte, wischte er sich mit seinem großen Taschentuch wiederholt die Schweißtropfen vom Gesicht. Das Land war ihm noch nie so schwer geworden, wie heute. Es ist doch ein eigen Ding, solchen Grafen neben sich führen zu haben.

Diefer aber spielte mit gleichgültiger Miene an seinen Fingergriffen, von denen einige mit kostbaren Brillanten besetzt waren. Dann stöhnte er seiner Stahl etwas vom Knie ab und sich bequem etwas nach hinten überlegend, begann er mit einer volltonenden Stimme den lautlos Zuhörenden seine Ansichten zu erläutern.

„Ich verstehe wohl, liebe Freunde, wenn es einige, unter Euch gibt, die dem Projekt eines Bahnbauwerkes feindlich gegenüberstehen. Sie meinen, daß sie ihr Land vielleicht besser verwerten können. Das ist aber vollständig falsch, denn mit dem Bau einer solchen Bahn gewinnt der Grund und Boden der Ortschaft ganz bedeutend an Wert. Die Industrie breite sich immer mehr und mehr in unserem Vaterlande aus, und das ist gut so, denn je mehr Arbeit für die Menschen geschaffen wird, desto mehr Brat und Nahrung muß der Bauer für die vielen Arbeiter herstellen.“ Das heißt, daß der Bauer noch mehr verdienen kann, wenn er es verstellt, auf seinem Grund und Boden immer weitere große Naturprodukte anzubauen, so daß die Gruben auch für den Bauern immer gewinnbringender werden.

Fortschreibung folgt.

dass weitere Verhandlungen mit der deutschen Volksregierung zwecklos seien. Aus diesem Grunde sehe sich die politische Regierung genötigt, die diplomatischen Beziehungen mit der deutschen Republik abzubrechen und erachtet den deutschen Vertreter unverzüglich mit dem gesamten Personal der Gesandtschaft die Republik Polen zu verlassen.

Ukraine.

Austritt des Kabinetts. Niem ist am Sonnabend von Truppen des Direktoriums besetzt worden. Schwere Strafenkämpfe wurden vermieden und die Regierungstruppen entflohen. Der Hetman dankte ab, das Kabinett ist zurückgetreten. Die Macht ist an das Direktorium übergegangen. Die Ordnung wird von Truppen des Direktoriums und deutschen Truppen aufrechterhalten.

Frankreich.

Wilson in Paris.

Paris, 17. Dez. Am Sonnabend empfing Wilson 25 sozialistische Delegierte. Renaudel verlas eine Adresse, die die Vereinigung mit seinen 14 Punkten bekundete. Wilson erwiderete, schöne Worte und Grundätze genügten nicht, sie müssten praktisch durchgeführt werden. — Pointeaux hielt eine schwärmige Ansprache, in der er den Präsidenten auf die Verstümmelungen der Deutschen hinwies und von Blödungen sprach, die der deutsche Generalstab programmatic erlaubt habe. Wilson erwähnte wieder seine Grundätze des Rechts und der Bestrafung und erklärte weiter, die französischen Soldaten hätten im Geiste Amerikas gehandelt. — Große sozialistische Kundgebungen wurden veranstaltet, die Polizei sprach aber auf mehrere hundert Meter alles ab so dass keine Abarbeitung an Wilson heran kamme. Es kam zu heftigen Schlägereien. Die gesamte Presse der Linken verurteilte die Polizeimaßnahmen. Semat schreibt in der Humanité, man habe Wilson von den Arbeitern abgesperrt, um den Präsidenten glauben zu machen, das französische Volk sei mit der Invasionpolitik der Regierung einverstanden. Wir Sozialisten werden aber laut genug schreien, damit Wilson uns hört.

Portugal.

Der Präsident der Republik ist ermordet worden.

Wirtschaftliches.

Ausgehobene Blockade.

Infolge eines Schusses der finnischen Regierung bei der Entente wurde die Blockade der finnisch-deutschen Schiffahrt aufgehoben.

Zur Fischversorgung.

Auf eine Anfrage des Reichstagsabgeordneten Waldstein hat Staatssekretär Erzberger über das Ergebnis der Waffenstillstandsverhandlungen betreffs der Fischereihälften in der Nordsee folgende telegraphische Antwort erteilt:

Gefahr für Fischerei besteht noch, dagegen Insease erhält, dass Fischerei auf gewissen Gebieten freigegeben wird, sobald Minenräumen von dafür bestimmten Fischdampfern ausgeräumt sind.

Das Oberkommando gegen Verbüßung der Kleidung.

Einzelne Berliner Firmen geben Zeitungsinserate auf, worin eine nicht unbedeutliche Verbilligung von Bekleidungsstücken angezeigt wird. Dagegen wendet sich offenbar auf Betreiben der Konkurrenz die Kriegsostoffstelle des Oberkommandos in den Märzen. Das Oberkommando verlangt unter Bestrafung auf die Bruderschaftsverordnung vom 25. Februar 1916, dass solche Zeitungsanzeigen und Zeitungserstellungen „unter allen Umständen unterlassen sind, damit ernsthafte Maßnahmen nicht notwendig sind“. Dieser Eingriff des Oberkommandos ist verwerthlich. Die bisherigen Preise der Kleidungsstücke sind für die große Masse der Bevölkerung unerschwinglich, obwohl überall Mangel an Kleidung besteht. Insbesondere bei der arbeitenden Bevölkerung. Verkehrter Konsum bedeutet vermehrte Arbeit und damit Verminderung der Arbeitslosigkeit. Der Stoffmangel wird je zum großen Teil durch den vermindernden Heeresbedarf ausgeglichen. Außerdem ist eine Aufhebung der Bundesratsverordnung vom 25. Februar 1916 durch die Regierung dringend nötig. Diese Verordnung bezweckt im Interesse des Heeresbedarfs die Verlängerung des Verkaufs von Kleidungsstücken an die Bevölkerung; sie ist jetzt ganz sinnlos und erzielt nur die künftliche Hochhaltung der Preise.

Aus der Partei.

Die Berliner Beamten für die Mehrheitspartei. Über 10 000 Reichs-, Staats- und Kommunalbeamte, die sich in fünfzehn ersten Säle Berlins versammelten, brachten für den An-

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.

Zahlstelle Lübeck.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, dass laut Beschluss der letzten Mitglieder-Versammlung unser Bureau von jetzt ab geöffnet ist:

mittags von 11—1 Uhr
abends von 5—7 Uhr.

Die Ortsverwaltung.

Elektro- monteure

1 Puppenbühne
in derl. Bismarckstr. 28, II.

20 neue Puppenbühne
in derl. Bismarckstr. 2, II.

Belle-Schlösser, Bildnis u.
Spiegel zu verkaufen.

6977) Radenb. Allee 26, I. Hh.

30 neue Puppenbühne
in derl. Bismarckstr. 2, II.

30 neue Puppenbühne
in derl. Bismarckstr. 2, II.

mit 15 Stücken zu verkaufen.

6919) Bismarckstr. 21, I. red.

Stadtdeutsche und Film
Zeitung. (6926)

Segebergstr. 25, II.

12 Industrie-Rundschau
mit 15 Seiten zu verkaufen.

6919) Bismarckstr. 21, I. red.

Stadtdeutsche und Film
Zeitung. (6926)

Segebergstr. 25, II.

Stadtdeutsche und Film
Zeitung. (6926)